



Der Stadtverordnetenvorsteher
der Stadtverordnetenversammlung
Amt der Stadtverordnetenversammlung
E-mail: stadtverordnetenversammlung@wiesbaden.de
Rathaus-Schloßplatz 6-65183 Wiesbaden
Telefon (0611) 31-3738
Telefax (0611) 31-3902
Sachbearbeiterin: Frau Koba

1. Den Damen und Herren
der Stadtverordnetenversammlung
2. Dem Magistrat

Wiesbaden, 08.05.2015

Einladung

zur öffentlichen Sitzung
der Stadtverordnetenversammlung
am Mittwoch, 13. Mai 2015, um 16:00 Uhr,
Rathaus, Stadtverordnetensitzungssaal (1. Stock),
Schloßplatz 6, Wiesbaden

Tagesordnung I

1. Genehmigung der Niederschrift vom 26.03.2015
2. Mitteilungen
3. Fragestunde
4. **15-F-33-0042**

Angriffe auf (Stadt-)Polizei, Feuerwehr und Rettungskräfte
- Gemeinsamer Antrag der Stadtverordnetenfraktionen von CDU und SPD vom 06.05.2015 -

Übergriffe gegen im Dienst befindliche Angehörige von Polizei, Feuerwehr und Rettungskräften stellen nicht nur einen Angriff auf die jeweiligen Personen dar, sondern gefährden häufig auch Dritte oder unterbinden dringend notwendige Hilfeleistung.

Um das Strafmaß für Attacken auf Einsatzkräfte zu erhöhen, hat die Hessische Landesregierung eine Bundesratsinitiative angekündigt. Ziel dieser Initiative soll es sein, dass im Strafgesetzbuch ein Paragraph eingeführt wird, der Angriffe auf Polizeibeamtinnen und -beamte mit bis zu 10 Jahren Gefängnisstrafe belegt und überdies auch auf Rettungskräfte Anwendung finden soll. Dieser Paragraph geht damit in der Höhe der Strafe über die Strafzumessung des §113 StGB (Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte) hinaus, der sich überdies auch nicht auf Feuerwehr und Rettungsdienste erstreckt.

Auch in Wiesbaden ist es jüngst zu Angriffen auf Rettungskräfte gekommen. So wurden zum Jahreswechsel Feuerwehrleute in Kostheim mit Feuerwerkskörpern beschossen.

Mit Antwort auf den Koalitionsantrag ‚Verhältnis Stadtpolizei-Bürger‘ (14-F-33-0081) hat der Magistrat im Sommer 2014 außerdem über die Angriffe auf Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Wiesbadener Stadtpolizei berichtet.

Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen:

1. Die Stadtverordnetenversammlung verurteilt Angriffe auf Beamtinnen und Beamte des Polizeidienstes, der Berufsfeuerwehr, sowie Helferinnen und Helfer von Feuerwehr, Katastrophenschutz und Rettungsdiensten und spricht ihnen die Solidarität der Landeshauptstadt Wiesbaden aus.
2. Die Stadtverordnetenversammlung begrüßt die Initiative der Hessischen Landesregierung, sich im Bundesrat für die Einführung eines solchen Straftatbestandes ins Strafgesetzbuch einzusetzen.
3. Die Stadtverordnetenversammlung geht davon aus, dass auch die Mitarbeiter der Stadtpolizei unter die Regelungen des geplanten Schutzparagraphen fallen.

5. Veränderungen ESWE-Verkehr

5.1 15-V-20-0016 DL 19/15-1, 17/15-1

Verschmelzung ESWE Verkehrsgesellschaft mbH mit ESWE Verkehr Fahrbetrieb GmbH

5.2 15-V-20-0017 DL 19/15-2, 17/15-2

Anreizsystem zur Erreichung der wirtschaftlichen und qualitativen Ziele der ESWE Verkehrsgesellschaft mbH

5.3 15-V-20-0023 DL 19/15-3, 17/15-3

Verschmelzung ESWE Verkehrsgesellschaft mbH mit ESWE Verkehr Service GmbH

6. 15-F-03-0060

Einführung von gleichstellungsorientierter Haushaltssteuerung (Gender-Budgeting) in Wiesbaden
- Antrag von Bündnis 90/Die Grünen vom 04.05.2015 -

Die konsequente Weiterführung des Gender Mainstreaming Grundsatzes erfordert auch eine geschlechtergerechte Verteilung der finanziellen Mittel. Die Finanzbudgets sind entscheidend für die politische Prioritätensetzung und zentrales Steuerungselement für die Verteilung von Chancen, Privilegien und Macht.

Der konzeptionelle Ausgangspunkt von Gender-Budgeting ist, dass der gesamte öffentliche Haushalt und seine einzelnen Teile Auswirkungen auf die Gleichstellung von Frauen und Männern haben. Mit Hilfe des Gender-Budgeting können dann die unterschiedlichen Auswirkungen der öffentlichen Einnahmen und Ausgaben auf Frauen und Männer ermittelt werden.

Ungerechtigkeiten können z.B. durch eine durchgängige Gleichstellungsorientierung der Finanzpolitik beseitigt werden. Die Doppik bietet die Möglichkeit einer systematischen Analyse der Auswirkungen von Budgetentscheidungen und Steuerung der Budgets nach Kennzahlen. Der Fokus liegt dabei auf der Zielgruppenorientierung.

Der Vertrag von Amsterdam von 1999 verpflichtete alle Mitgliedsstaaten der Europäischen Union, Gender Mainstreaming in allen relevanten Politikbereichen umzusetzen. 2002 beschloss die EU-Finanzministerkonferenz zur Umsetzung des geschlechtergerechten Politik die Einführung von Gender-Budgeting bis 2015 anzustreben.

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

- I. Die Stadtverordnetenversammlung spricht sich dafür aus, Gender-Budgeting sukzessive einzuführen und im kommenden Haushalt in einem Bereich, z.B. Sport umzusetzen. Im Doppelhaushalt 2018/2019 ist, basierend auf den gemachten Erfahrungen, Gender Budgeting in allen relevanten Bereichen wie z.B. Wirtschaftspolitik und Beschäftigungsförderung, Jugendförderung, etc. anzuwenden.
- II. Der Magistrat wird zur Vorbereitung der Umsetzung gebeten, eine Arbeitsgruppe bestehend aus Politik und Verwaltung, einzusetzen.

Aufgabe der Arbeitsgruppe ist es u.a., Instrumente zu entwickeln, um die Verteilungs- und Wirkungstransparenz in den Produkthaushalten herzustellen. Dies kann beispielsweise durch die:

- a) Erstellung einer Nutzungsanalyse der Produkte durch Ermittlung der Anzahl erreichter NutzerInnen, aufgeschlüsselt in männlich und weiblich sowie der Verteilung der Gelder auf männliche und weibliche NutzerInnen und die
- b) Bedarfserhebung und geschlechterorientierte Definition der Zielsetzungen in Bezug auf erreichte NutzerInnen und Verteilung der Kosten erfolgen.

- III. Ab der Aufstellung des Doppelhaushalts 2018/2019 sind dauerhaft Kennzahlen in die entsprechenden Produktblätter bezüglich der
 - o Mengen bzw. Anzahl der Begünstigten;
 - o Budget - Gesamt und Ausgaben je Teilnehmenden;
 - o Steuerungsbedarf (Kriterien / Kennzahlen);
 - o Steuerungsmaßnahmen aufzunehmen.

7. 15-F-08-0029

TTIP, CETA, TiSA - kommunale Daseinsvorsorge schützen
- Antrag von Linke&Piraten vom 06.05.2015 -

Auf Antrag der Fraktion LINKE und PIRATEN vom 14. Mai 2014 hatte sich die Stadtverordnetenversammlung mit den Verhandlungen zu einem Freihandelsabkommen mit den USA (TTIP) und mit Kanada (CETA) beschäftigt und nach Ausschussberatung in der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 17. Juli 2014 einen Beschluss gefasst, der auf eine Berichterstattung durch den Magistrat zielt.

Mittlerweile haben sich die kommunalen Spitzenverbände und die Vereinigung kommunaler Unternehmen zu den Verhandlungen um TTIP, TiSA und CETA positioniert. Am 27.11.2014 erklärte der Deutsche Städtetag anlässlich einer entsprechenden Beschlussfassung: „Der Deutsche Städtetag sieht in den geplanten Handelsabkommen (TTIP, TiSA und CETA) Risiken für die kommunale Daseinsvorsorge sowie für die Wahrung der europäischen Sozial- und Umweltstandards. Der kommunale Spitzenverband fordert deshalb die Bundesregierung auf, sich gegenüber der EU-Kommission weiter mit Nachdruck für den Schutz der kommunalen Daseinsvorsorge und den Erhalt von Sozial- und Umweltstandards einzusetzen.“

Zunehmend beunruhigen die geplanten Abkommen auch Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt. Am 22. April 2015 fand in Wiesbaden im Haus an der Marktkirche eine gemeinsame Veranstaltung vom Evangelischen Dekanat, dem Bistum Limburg, dem DGB, der GEW, der Rosa-Luxemburg-Stiftung und attac statt, die sehr gut besucht war. In dieser Veranstaltung wurde recht umfassend über die drohenden Risiken dieser Abkommen informiert.

Die Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Wiesbaden sollte dem Beispiel der Landeshauptstadt Mainz und über 100 weiteren Städten folgen, indem sie eine entsprechende Erklärung beschließt.

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Wiesbaden wendet sich mit einem Appell an die EU-Kommission, das EU-Parlament, die Bundesregierung sowie die Hessische Landesregierung und bekräftigt die Positionen, die die kommunalen Spitzenverbände und der Verband kommunaler Unternehmen im Oktober 2014 sowie der Deutsche Städtetag am 27. November 2014 verabschiedet haben.

8. 15-F-05-0011

Hearing zur Stellplatzsatzung
- Antrag der FDP-Stadtverordnetenfraktion vom 06.05.2015 -

Im Rahmen der Debatte um die Revitalisierung des ehemaligen Gerichtsareals gab es erneut Probleme mit der derzeitigen Stellplatzsatzung. Deren Bestimmungen mit Bezug auf Hochschulen und Universitäten sollen in Zukunft nun bei 1 zu 10 liegen. Dennoch ist die derzeitige Stellplatzsatzung für zukünftige Herausforderungen, z.B. Seniorenwohnungen, nicht gerüstet.

Andere Städte, wie z.B. Berlin, haben ihre Stellplatzsatzungen (für Pkw-Stellplätze) bereits seit Jahren abgeschafft und setzen auf andere Modelle oder haben wie z.B. Frankfurt am Main deutlich niedrigere Quoten als Wiesbaden.

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

1. Der Ausschuss für Planung, Bau und Verkehr führt in angemessener Zeit ein Hearing durch, zu dem Städteplaner, Verkehrsplaner, Grundeigentümer, Mieter und andere Betroffene sowie Vertreter der zuständigen Behörden aus anderen Städten eingeladen werden.
2. Dabei sollen vorrangig Antworten auf folgende Fragen gefunden werden:
 - a. Welche Schlüssel für die Bereitstellung von Stellplätzen sind realitätsnah und angemessen für die jeweiligen Flächennutzungen?
 - b. Welche Möglichkeiten kann es abseits von Bereitstellung und Ablösung von PKW-Stellplätzen durch den Bauherren geben und mit welchen Modellen haben andere Städte gute Erfahrungen gemacht?
 - c. Welche Ersatzmodelle gibt es bzw. wie wurden diese in denjenigen Städten angewandt, die die Stellplatzsatzung abgeschafft haben und welche Erfahrungen wurden damit gemacht?

9. 14-F-03-0111

Einrichtung eines Akteneinsichtsausschusses zu den Vorgängen rund um die Fällung der Kastanienallee auf der Maaraue in Kostheim

- - Antrag von Bündnis 90/Die Grünen vom 12.11.2014 -
Berichterstatter: Stadtverordneter Spallek

ANLAGE

10. 15-F-08-0028

Schriftliche Anfrage Nr. 311/2015 der Stadtverordnetenfraktion Linke&Piraten vom 11.03.2015 nach § 45 der Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung betr. "Individualverkehr im Bereich Innenstadt-West"

ANLAGE

Für den Inhalt der Anträge einschließlich der Rechtschreibung zeichnen die Antrag stellenden Fraktionen verantwortlich.

Tagesordnung II

1. **14-V-66-0323** **DL 18/15-1, 16/15-1**
Knotenpunkt (KP) Weidenbornstraße / Hasengartenstraße in Wiesbaden

2. **15-V-02-0003** **DL 21/15-1**
Kita Geschwister-Stock-Platz - Schlussrechnung Erdbaumaßnahmen

3. **15-V-12-0002** **DL 10/15-2**
Leitlinien zur Bürgerbeteiligung in Wiesbaden - Stand und Perspektiven

4. **15-V-21-0001** **DL 18/15-2, 16/15-3**
Normenkontrollverfahren zur Spielapparatesteuer

5. **15-V-40-0004** **DL 13/15-3**
Bericht Entwicklung Grundschulkinderbetreuung und ganztägige Angebote 2. Halbjahr 2014

6. **15-V-40-0009** **DL 13/15-4**
Louise-Schroeder-Schule - Neubau der Gastronomieküche -

7. **15-V-40-0017** **DL 12/15-2**
Theodor-Fliedner-Schule - Errichten von Containerklassen

8. **15-V-40-0018** **DL 13/15-5**
Jahresabschluss 2014 - Justus-von-Liebig-Schule; Mehrkosten Planung

9. **15-V-41-0001** **DL 13/15-6**
Hessische Theatertage 2015 in Wiesbaden

- | | | |
|------------|---|----------------------------|
| 10. | 15-V-51-0002 | DL 21/15-2, 09/15-1 |
| | Bericht zum Hilfe- und Pflegebedarf älterer Menschen in Wiesbaden bis 2030 | |
| 11. | 15-V-51-0012 | DL 12/15-3 |
| | Vorstellung der CC Strategie "Wiesbaden Engagiert!" | |
| 12. | 15-V-52-0008 | DL 16/15-5 |
| | Zuschüsse für langlebige Sportgeräte 2015 | |
| 13. | 15-V-63-0002 | DL 20/15-2 |
| | Wiesbaden, Murnastraße 10 - Neubau Bürogebäude mit Großgarage für 50 Pkws und 16 oberirdischen Pkw-Stellplätzen | |
| 14. | 15-V-63-0004 | DL 19/15-6, 17/15-5 |
| | Wiesbaden, Waldstraße 39 a - Neubau Errichtung einer Kindertagesstätte mit 5 Gruppen | |
| 15. | 15-V-66-0302 | DL 13/15-7 |
| | Fahrbahndeckenprogramm in Wiesbaden und AKK 2015 | |
| 16. | 15-V-80-8002 | DL 12/15-4 |
| | Beschäftigungsprojekt Bürokräft EXINA 2015 bis 2017 | |
| 17. | 15-V-80-8003 | DL 12/15-5 |
| | Fortführung Projekt Lernwerkstatt - Schuljahre 2015/16 und 2016/17 | |
| 18. | 15-V-80-8005 | DL 12/15-6 |
| | 4. Projektverlängerung 'Neue Wege in den Beruf' | |

19. **15-V-80-8007** **DL 13/15-8**

Teilnahme der Landeshauptstadt Wiesbaden an der Gewerbeimmobilienmesse Expo Real in München 2015

20. **15-V-86-0001** **DL 19/15-7, 17/15-6**

Besteuerung der Saunabäder

Tagesordnung III

1. **15-V-01-4001** **DL 12/15-1**

Nachfolgebesetzung in Gremien

ANLAGE

2. **15-V-01-4004** **DL 16/15-2**

Nachfolgebesetzungen in Kommissionen

ANLAGE

3. **15-V-30-0001** **DL 13/15-1**

Vorschlag für die Wahl eines Ortsgerichtsschöffen für den Ortsgerichtsbezirk AKK II (Mainz-Kostheim)

4. **15-V-30-0002** **DL 19/15-4**

Vorschlag für die Wahl eines Ortsgerichtsschöffen für den Ortsgerichtsbezirk AKK I (Mainz-Kastel/Amöneburg)

5. **15-V-36-0001** **DL 13/15-2**

Änderung der Satzung des Zweckverbandes "Naturpark Rhein-Taunus"

6. 15-V-61-0001 DL 18/15-3, 14/15-1
Bebauungsplan "Erbenheim Mitte" im Ortsbezirk Erbenheim - Entwurfsbeschluss -
7. 15-V-61-0003 DL 18/15-4, 16/15-6
Flächennutzungsplanänderung "Nahversorger Bierstadter Straße" im Ortsbezirk Südost - Entwurfsbeschluss -
8. 15-V-61-0004 DL 18/15-5, 15/15-1
Vorhabenbezogener Bebauungsplan "Nahversorgung Bierstadter Straße" im Ortsbezirk Südost - Entwurfsbeschluss -
9. 15-V-61-0014 DL 19/15-5, 18/15-6 , 17/15-4
Bebauungsplan "Nördlich der Faulbrunnenstraße" im Ortsbezirk Mitte - Aufstellungs- und Entwurfsbeschluss -

Zu dem nachfolgenden Punkt findet eine Sondersitzung des Fachausschusses statt:

10. 15-V-51-0003 DL 21/15-3, 20/15-1
Personalaufstockung wegen steigender Flüchtlingszahlen

Tagesordnung IV

1. 15-V-20-0013 DL 12/15-1 NÖ
Berichterstattung der städtischen Beteiligungsunternehmen für das. 4. Quartal 2014
2. 15-V-20-0018 DL 13/15-1 NÖ
Einbindung der Eigenbetriebsdarlehen in die turnusmäßigen Zinsrisikoanalysen
3. 15-V-20-0020 DL 16/15-1 NÖ
Bürgschaft

4. **15-V-20-0021** **DL 16/15-2 NÖ**
Darlehen
5. **15-V-36-0002** **DL 13/15-2 NÖ**
Niederschrift über die nicht-öffentliche Sitzung des Naturschutzbeirates beim Magistrat der
Landeshauptstadt Wiesbaden am 26.02.2015
6. **15-V-36-0003** **DL 13/15-3 NÖ**
Niederschrift über die nicht-öffentliche Sitzung des Naturschutzbeirates beim Magistrat der
Landeshauptstadt Wiesbaden am 27.11.2014
7. **15-V-80-2304** **DL 19/15-1 NÖ**
Verkauf städtischer Grundstücke
8. **15-V-80-2309** **DL 13/15-4 NÖ**
Ankauf eines Grundstücks
9. **15-V-80-2310** **DL 12/15-2 NÖ**
Verzeichnis der vom 1. Oktober 2014 bis 31. Dezember 2014 genehmigten Grundstücksvorlagen
10. **15-V-80-2314** **DL 21/15-1 NÖ, 19/15-2 NÖ**
Verkauf eines Grundstücks
11. **15-V-82-0001** **DL 12/15-3 NÖ**
Mietvorvertrag zwischen der TriWiCon und der Rhein-Main-Hallen GmbH

Im Anschluss an die öffentliche Sitzung tagt die Stadtverordnetenversammlung nicht öffentlich, falls Tagesordnungspunkte zur Beratung und Beschlussfassung in nicht öffentlicher Sitzung vorgesehen werden.